



Landespreis für Innere Sicherheit 2010

Netzwerke für öffentliche Sicherheit und Ordnung – Ordnungspartnerschaften



Vorwort

Sicherheitsgefühl und objektive Sicherheit sind für unsere Lebensqualität von entscheidender Bedeutung. Öffentliche Sicherheit und Ordnung können nur als Gemeinschaftsaufgabe aller Verantwortungsträger in Staat und Gesellschaft erfolgreich verwirklicht werden.

Die 1997 von Innenminister Franz-Josef Kniola ins Leben gerufene Initiative „Ordnungspartnerschaften in Nordrhein-Westfalen – Mehr Sicherheit in Städten und Gemeinden“ ist mittlerweile aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken. Die Palette von vielen hundert Ordnungspartnerschaften in Nordrhein-Westfalen spiegelt dies eindrucksvoll wider. Diese Netzwerke sind mittlerweile fester Bestandteil einer erfolgreichen Zusammenarbeit zwischen kommunalen Partnern, der örtlichen Polizei und Politik sowie gesellschaftlichen Gruppen und Verbänden.

Zur Lösung konkreter Sicherheitsprobleme entstehen kleine und große Netzwerke. Sie entwickeln maßgeschneidert auf die Situation vor Ort wirkungsvolle und kreative Konzepte und setzen diese mit abgestimmten Maßnahmen erfolgreich um. Jeder Netzwerkpartner bringt sich dabei engagiert mit seinen Kompetenzen und Möglichkeiten ein.

Diese Initiativen machen deutlich, dass der gemeinsame verantwortliche Einsatz für mehr Schutz und Sicherheit von einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragen wird.

Mit dem seit 2003 ausgeschriebenen Landespreis für Innere Sicherheit, den wir mit dieser Broschüre dokumentieren, werden Teilnehmer ausgezeichnet, die beispielhafte Ordnungspartnerschaften im Sinne einer bürgerorientierten, rechtsstaatlichen und professionellen Arbeit entwickelt und erfolgreich umgesetzt haben. Ihnen gilt mein besonderer Dank ebenso wie allen weiteren Wettbewerbsteilnehmern und allen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten und deren Partnern, die sich in den vielfältigsten Ordnungspartnerschaften vor Ort gemeinsam für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger einsetzen.

Ich bitte alle Verantwortungsträger und gesellschaftlichen Gruppen, sich an solchen Ordnungspartnerschaften zu beteiligen, neue Netzwerke zu gründen oder praxisbewährte Ideen aufzugreifen und zu unterstützen. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag, um die objektive Sicherheit und das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen und damit unsere Lebensqualität zu verbessern.

Ralf Jäger

Minister für Inneres und Kommunales
des Landes Nordrhein-Westfalen

Inhalt

Vorwort	2
Der Wettbewerb 2010	4
Preisträger des Landespreises für Innere Sicherheit 2010	
Ordnungspartnerschaft Bielefeld: „Surfen mit SIN(N) - Sicherheit im Internet“	6
Ordnungspartnerschaft Korschenbroich: „Bekämpfung des Jugendvandalismus und Prävention“	8
Ordnungspartnerschaft Oberbergischer Kreis: „Emanzipatorische Jugendarbeit (em-jug)“	10
Ordnungspartnerschaften: Gemeinsam zum Ziel	12
Chronik: Ordnungspartnerschaften in Nordrhein-Westfalen	16
Impressum	23





Der Wettbewerb 2010

Im Dezember 2010 wurde der Landespreis für Innere Sicherheit in Nordrhein-Westfalen zum achten Mal vergeben. Mit diesem Wettbewerb bietet sich allen Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträgern sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Institutionen und Behörden ein Anreiz, ihre Projektideen und ihre Erfahrungen aus Ordnungspartnerschaften untereinander auszutauschen und sie der Öffentlichkeit vorzustellen.

Um diesen Landespreis haben sich in diesem Jahr insgesamt 15 Städte, Behörden und Institutionen mit den auf Seite 5 dargestellten Projekten beworben.

Wie in den Vorjahren erfolgte die Auswahl der Preisträger durch eine fachlich besetzte Jury, der Vertreterinnen und Vertreter des Landespräventionsrates Nordrhein-Westfalen, des ADAC sowie des nordrhein-westfälischen Ministeriums für Inneres und Kommunales angehörten. Alle Projekte wurden nach Originalität, Wirkung und Netzwerkqualität bewertet. Aus den eingegangenen Bewerbungen wurden drei Ordnungspartnerschaften ausgezeichnet:

- Ordnungspartnerschaft Bielefeld: „Surfen mit SIN(N) - Sicherheit im Internet“
- Ordnungspartnerschaft Korschenbroich: „Bekämpfung des Jugendvandalismus und Prävention“
- Ordnungspartnerschaft Oberbergischer Kreis: „Emanzipatorische Jugendarbeit (em-jug)“

Weitere Informationen zu den ausgezeichneten Ordnungspartnerschaften finden Sie im Internet unter www.polizei.nrw.de

4 Preisträger beim Landespreis Innere Sicherheit 2009



Konflikte an Schulen, Amok- und Bedrohungslagen, verunglückte junge Fahrerinnen und Fahrer sowie Seniorinnen und Senioren im Straßenverkehr: Das sind Probleme und Themen, um die sich die vier Ordnungspartnerschaften in Bielefeld, Bochum, Gütersloh und Recklinghausen beispielhaft kümmern. Für dieses Engagement zeichnete Innenminister Dr. Ingo Wolf sie in Krefeld mit dem Landespreis „Innere Sicherheit“ aus.

[mehr zum Landespreis 2009](#)

Bielefelder Netzwerk Verkehrssicherheit - BI-NETT



Bielefelder Netzwerk Verkehrssicherheit - BI-NETT58 Getötete, 1.276 Schwerverletzte, 6.107 Leichtverletzte – das ist die Verkehrsunfallbilanz der Stadt

Suchen

Suchbegriff

Video Landespreise 2009

[Veranstaltungsvideo](#)
[WMV - 14439 KB]

Teilnehmer am Wettbewerb:

PP Bielefeld	Surfen mit SIN(N) - Sicherheit im Internet
PP Düsseldorf	Achtung Fußgänger
KPB Ennepe-Ruhr	Polizei und Muslime
PP Hagen	Hagener Muslime und ihre Polizei
KPB Herford	It's cool to bike to school
LR Kleve	Fahrzeugbegleiterausbildung
Stadt, Polizei, StA Köln	Bekämpfung der Kriminalität von Intensivtätern
Korschenbroich	Verhütung des Jugendvandalismus und Prävention
Stadt Langenfeld	Sicheres Klassenzimmer und Schulcoach
KPB Mettmann	Mettmanner Mobilitätsmanagement (ME-MOMA) mit integriertem Mobilitätspass (Mobi-Pass)
LR Märkischer Kreis I	Knast heißt, die nächste Party startet ohne Dich
LR Märkischer Kreis II	Reduzierung von VU mit Getöteten und Schwerverletzten -/- Geschwindigkeit
LR Oberbergischer Kreis	Emanzipatorische Jugendarbeit (em-jug)
PP Oberhausen	Gewalt gegen Kinder
PP Recklinghausen	Projekt BIUS - Berufsbezogenes Interventions- und Sicherheitstraining
LR Rhein-Sieg-Kreis I	Sichere Schule
LR Rhein-Sieg-Kreis II	Sicherheit für Seniorinnen und Senioren im Straßenverkehr in Hennef



Bielefeld: Surfen mit SIN(N) – Sicherheit im Internet

Um unsere Kinder und Jugendlichen vor Internetstraftätern zu schützen, entwickelte die Polizei Bielefeld mit ihren Partnern das Projekt Surfen mit SIN(N) - Sicherheit im Netz. Durch die Zusammenführung der Kompetenzen und ein gemeinsames, vernetztes Vorgehen werden in diesem beispielgebenden Projekt Ressourcen der Partner effizient und effektiv eingesetzt. Kinder, Jugendliche, Eltern und Lehrer werden umfassend und nachhaltig zu sicherheitsbewusstem Verhalten im Internet angeleitet und angeleitet.

Obwohl nahezu jeder Haushalt heute über einen Computer mit Internetanschluss verfügt und die „Neuen Medien“ fester Bestandteil des täglichen Lebens geworden sind, herrscht bei Kindern, Jugendlichen, Eltern und Lehrenden eine große Unkenntnis über

- die Regeln bei der Kommunikation in Communities
- den Mindestschutz bei Chats, Online-Shopping oder Internet-Auktionen
- die Legalität von Downloads und Tauschbörsen
- die Strafbarkeit beim Surfen.

Daraus resultiert ein hohes Risiko, Opfer von Straftaten zu werden. So werden täglich Straftaten angezeigt, deren

Begehung überhaupt erst durch das Internet möglich wurde. Die Delikte reichen von Beleidigungen über Bedrohungen und Erpressungen bis hin zu Betrugsfällen, Urheberrechtsverletzungen und sexuellem Missbrauch. Für unerlaubtes Herunterladen urheberrechtlich geschützter Inhalte aus dem Netz durch ihre Kinder zahlen erboste Eltern mittlerweile ein hohes Lehrgeld! Die Zahl der Opfer wächst rasant; mehr und mehr Straftäter fühlen sich in der relativen Anonymität des Internet sicher und profitieren.

Für ein wirksames Handeln zum Schutz von Kindern und Jugendlichen bei der Nutzung moderner Kommunikationsmittel müssen deshalb die am Erziehungsprozess beteiligten Institutionen, aber auch die Partner Polizei, Schulen, Medienpädagogen und externe Anbieter abgestimmt und vernetzt kooperieren.

Maßnahmen der Ordnungspartnerschaft

Die Universität und die Fachhochschule Bielefeld haben die Inhalte des Projektes in die Lehrer-Referendariatsausbildung übernommen. Hierdurch werden angehende Lehrerinnen und Lehrer bereits im Studium erreicht und für das Thema sensibilisiert.



Neben informativen Elternabenden an allen Allgemeinbildenden Schulen in Bielefeld stehen auch Lehrerfortbildungen auf dem Programm des Kommissariats Kriminalprävention / Opferschutz. Die 107 Schulen in der Leineweberstadt mit 3.800 Lehrerinnen und Lehrern, circa 60.000 Schülerinnen und Schülern sowie über 100.000 Erziehungsberechtigten sind die Zielgruppen. Gängig sind Schülerprojekte für Klassen oder Jahrgangsstufen, die mit einem persönlichen Zertifikat „Netz Sicherheitspreis“ für jeden der jungen Teilnehmer abgeschlossen werden.

Eine effektive Umsetzung kann aber nur mit entsprechend vielen, guten Multiplikatoren gelingen. Jede Schule hat mit ihrem Medien-Unterricht einen idealen Zugang zu ihren Schülerinnen und Schülern, um über die Chancen und Risiken im Internet zu informieren. Deshalb bieten die Partner „Medienzentrum der Stadt Bielefeld und Lehrerfortbildung NRW“ zusammen mit der Polizei den Lehrerinnen und Lehrern an Bielefelder Schulen Informationen über konkrete Erfahrungen mit der Internetkriminalität an. Unter dem Dach des „Sozial- und Kriminalpräventiven Rates der Stadt Bielefeld“ bieten neben dem „Anwaltsverein“ sowie dem Internet Service „Marcant“ weitere Bielefelder Projektpartner intensive Öffentlichkeitsarbeit und Beratung an.

Dabei stellt der Internetauftritt www.surfen-mit-sinn.de eine stark frequentierte Informationsplattform dar, die durch Themenfaltblätter und einen Kurz-Film, der auch bei „you tube“ abrufbar ist, ergänzt wird.

Ergebnis / Ausblick

Das junge Projekt ist eineinhalb Jahre alt und hat mit 260 Veranstaltungen in Bielefeld circa 7.000 Teilnehmer erreicht. Die Protagonisten waren zum Deutschen Präventionstag in Berlin mit Referat und Infostand eingeladen und haben aus dem Schulministerium NRW den „Preis der Medienberatung“ zugesprochen bekommen. Eine Evaluierung der Universität Bielefeld läuft; konkrete Ergebnisse werden 2011 erwartet.

Schon jetzt ist festzustellen, dass viele Eltern und Lehrer überaus positive Rückmeldungen geben, weil von der Polizei und den Projektpartnern ein Kriminalitätsphänomen aufbereitet und mit Präventionsangeboten bekämpft wird, das weite Kreise unserer Gesellschaft noch gar nicht als ein Problem erkannt haben.





Korschenbroich: Bekämpfung des Jugendvandalismus und Prävention

Diese Ordnungspartnerschaft stellt eine vorbildliche Netzwerkarbeit der Stadt Korschenbroich, der weiterführenden Schulen, des Jugendamtes und der Polizei des Rhein-Kreises Neuss im Rahmen der Kommunalen Kriminalprävention dar.

Sicherheitsgefühl durch Jugendgruppe massiv beeinträchtigt

Korschenbroich, eine beschauliche Stadt mit etwa 33.000 Einwohnern im Rhein-Kreis Neuss. 2006 verunsicherte hier eine 10- bis 15-köpfige Jugendgruppe die Bevölkerung erheblich durch Sachbeschädigungen, öffentlichen exzessiven Alkoholkonsum, Grölereien und ähnliches nicht sozialkonformes Verhalten. Beschwerden bei Stadt und Polizei sowie Presseberichte über die Auffälligkeiten folgten. Zunächst war die Jugendgruppe für erzieherische Gespräche mit der örtlichen Polizei empfänglich. 2007 wuchs die Gruppe dann auf circa 50 Personen an. Auffällig: Hierbei handelte es sich ausnahmslos um Korschenbroicher mit gefestigtem sozialen Hintergrund, die auf Ansprache von Polizei und Ordnungsbehörde nicht mehr reagierten.

Ordnungspartner reagieren

Durch diese Problematik entstand Handlungsbedarf für die seit 2005 existierende Ordnungspartnerschaft zwischen der Stadt Korschenbroich und Polizei im Rhein-Kreis. Gemeinsam mit dem Jugendamt des Rhein-Kreises Neuss und den weiterführenden Schulen vor Ort wurde 2007 ein breit gefächertes Handlungskonzept zur Bekämpfung des Jugendvandalismus und zur Prävention erarbeitet.

Kernpunkte des Projektes sind

- Ergänzung der Ordnungsbehördlichen Verordnung der Stadt um Bestimmungen, die das polizeiliche Einschreiten und das Durchsetzen von Platzverweisen erleichterten sowie Aufnahme eines Alkoholverbotes auf Spielplätzen und Schulhöfen,
- Unmittelbare repressive Reaktion der Stadt bei Schäden durch Schadenersatzforderungen, Hausverbote, Strafanträge etc.,
- Zeitnahe Gespräche des Jugendamtes mit auffälligen Jugendlichen und deren Eltern,
- Einrichtung eines Kommunalen Ordnungsdienstes,



- Gemeinsame Streifen von Kommunalem Ordnungsdienst und Polizei,
- Einbinden der Jugendlichen in die Kultur- und Jugendarbeit,
- Einrichtung eines Arbeitskreises Prävention und
- Ernennung eines Anti-Vandalismus-Beauftragten in der Verwaltung durch den Bürgermeister.

Positive Entwicklung

Die Informationsprozesse sind zielführend festgelegt und ermöglichen eine schnelle und wirksame Reaktion auf delinquentes Verhalten. Und der Erfolg bestätigt diesen guten Ansatz: Dank der gemeinsamen Umsetzung des Handlungskonzeptes zeigten die Jugendlichen schnell wieder sozial adäquates Verhalten. Die auffälligen Jugendlichen konnten in die Jugend- und Kulturarbeit des Stadt Korschenbroich integriert werden. Der Vandalismus an Schulen, Kindertagesstätten und Sportstätten ging schnell und signifikant zurück. Viele der aufgeführten Maßnahmen sind bis heute gelebte Praxis.





Oberbergischer Kreis: Emanzipatorische Jugendarbeit em-jug

Emanzipatorische Jugendarbeit (em-jug) ist ein Langzeitprojekt der Polizei im Oberbergischen Kreis, der Volkshochschule Oberberg und des Dachverbandes der Polizeisportvereine Deutschland als präventive Reaktion auf Gewaltphänomene in unserer Gesellschaft. Das gemeinsam entwickelte Konzept zeigt Erfolg: Täter- und Opferzahlen von Kindern und Jugendlichen im Oberbergischen Kreis blieben in den letzten fünf Jahren durchgängig gering und lagen unter dem Landesdurchschnitt.

Schulleitungen, Lehrkräfte, Erzieher/innen, Übungsleiter/innen und Eltern engagieren sich zunehmend, die Entstehung von Gewalt zu erkennen und durch die Vermittlung von Normen und Werten gewalttätiges Verhalten zu verhindern. Hier setzt die Ordnungspartnerschaft „Emanzipatorische Jugendarbeit“ (em-jug) nachhaltig und beispielgebend mit ihrem abgestimmten pädagogischen Konzept zur Gewaltprävention, Kinder und Jugendliche „stark zu machen“, an.

Ausgangslage und Konzeption

Ursachen für Gewalt in unterschiedlichster Ausprä-

gung und Definition sind in jeder Gesellschaft vielschichtig. Ebenso verhält es sich mit den Faktoren, die zur Eindämmung oder Reduzierung von Gewalt führen können. Einen der wichtigsten Ansätze verfolgt der Präventionsgedanke. Hier setzt die Arbeit von em-jug zielgruppenorientiert an.

Die Emanzipatorische Jugendarbeit basiert auf einem ganzheitlichen Ansatz. Einerseits versetzen Präventionstrainings Kinder und Jugendliche in die Lage, weder Opfer noch Täter zu werden. Eltern und pädagogisches Personal werden durch Seminare sowie weitere Qualifizierungen befähigt, konsequent zu intervenieren und in Trainings Kindern und Jugendlichen Normen und Werte zu vermitteln, die zu einem sozialen und gewaltfreien Zusammenleben führen sollen.

Die Eltern legen als wichtigste Akteure die Grundlagen, damit Kinder und Jugendliche selbst Normen und Werte entwickeln. Sie vermitteln diese auch weiter, z.B. an jüngere Geschwister, Peergroups etc. Das auf Kinder, Jugendliche und deren Eltern ausgerichtete Personal der



Schulen, Kinder- und Jugendeinrichtungen, Sportvereine etc. sind gleichermaßen direkt und/oder indirekt eingebunden. Die bei Überschreitung von Normen und Werten zuständigen Institutionen wie Polizei, Justiz etc. reglementieren diejenigen, bei denen die Vermittlung und die Identifizierung nicht gelungen oder defizitär sind.

Die Emanzipatorische Jugendarbeit konzentriert sich auf vier Bereiche

- Kinder (Vorschulkinder und Grundschul Kinder des 1. bis 4. Schuljahres) mit dem Projekt „Mut tut gut“
- Jugendliche mit den Projekten Selbstsicherheitstrainings für Mädchen / Frauen und Konflikttraining für Jungen
- Eltern werden durch Informationsveranstaltungen und Seminare unterstützt.
- Qualifizierungsmaßnahmen für Primärprävention (Kinder- und Jugendtrainings) sowie Sekundärprävention (Anti-Gewalt-Trainings für Schüler)

Ergebnisse / Ausblick

1988 startete der erste Selbstverteidigungskurs für Frauen an der Volkshochschule Oberberg. Seitdem hat sich em-jug kontinuierlich zu einem Erfolgsmodell entwickelt. Die pädagogischen Angebote zur Gewaltprävention begleiten die Kinder kontinuierlich vom Kleinkindalter (Kindergarten) bis ins Erwachsenenal-

ter (Berufskolleg). Insofern wirkt das Konzept langfristig sowie nachhaltig und wird permanent fortentwickelt. Exemplarisch wird hierzu auf die Teilnehmerzahlen bei „Mut tut gut“-Trainings für die Jahre 2005 bis 2009 hingewiesen. In diesem Zeitraum konnten über 9.000 Grundschul Kinder erreicht werden. Das Oberbergische Schulprojekt „Mut tut gut“, das als Baustein des Gesamtkonzeptes zur pädagogischen Gewaltprävention entwickelt wurde, ist mittlerweile Standard im Unterricht aller Grundschulen in Nordrhein-Westfalen. Hierbei vermitteln qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer als Trainer spielerisch, Konflikte gewaltfrei zu lösen und stärken gleichzeitig das Selbstwertgefühl der Kinder. 2005 / 2006 setzte ein regelrechter „Boom“ auf diese Qualifizierungsmaßnahmen ein.

Für die Zukunft ist geplant, den erfolgreichen Weg fortzusetzen und kontinuierlich den gesellschaftlichen Veränderungen und Notwendigkeiten anzupassen. Aktuell beantragt die Arbeitsgemeinschaft em-jug eine Hochschulakkreditierung.





Ordnungspartnerschaften: Gemeinsam zum Ziel

Die Situation in den Innenstädten spielt in der Wahrnehmung von Sicherheit eine wesentliche Rolle. Bürgerbefragungen durch Polizeibehörden, Städte und andere Organisationen zeigen, dass sich Bürgerinnen und Bürger mehr Präsenz und Ansprechbarkeit der zuständigen Behörden wünschen.

Kommt es zu Beeinträchtigungen der Sicherheit in Innenstädten, hat dies häufig komplexe Ursachen und Wirkungen. Eine Lösung der Probleme muss deshalb diese Komplexität durch ein gemeinsam abgestimmtes und lokales Handlungskonzept möglichst aller Beteiligten berücksichtigen.

Die Gewährleistung von öffentlicher Sicherheit und Ordnung erfordert den Einsatz sowohl von Ordnungspartnerschaften als auch von Kriminalpräventiven Räten. Eine sinnvolle Strategie muss daher beide Ansätze umfassen. Kriminalpräventive Räte und Ordnungspartnerschaften wirken komplementär und konkurrieren nicht miteinander.

Ordnungspartnerschaften sind das Dach, unter dem Aufgaben- und Entscheidungsträger Projekte unmittelbar vereinbaren. Sie sind keine selbstständigen Gruppen, sondern eine Kennzeichnung für einen Zusammenarbeitsrahmen, der das Ziel der Verbesserung der objektiven Sicherheit und die Stärkung des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bevölkerung verfolgt. Vornehmlich geht es dabei auch um die kurzfristige Beseitigung von Gefahren im Straßenverkehr, von Brennpunkten der Straßenkriminalität und von so genannten „Angsträumen“. Dieser Ansatz erfordert also zuerst verstärkt tatsituativ wirkende Präventions- und Repressionsmaßnahmen, konkret bezogen auf die von der Bürgerschaft, als bedrohlich empfundenen „Vorboten“ der Kriminalität.



Ordnungspartnerschaften sind demgemäß auch erst in zweiter Linie an der langfristigen und komplexeren Ursachenbekämpfung beteiligt.

Die Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen, dass ein Zeitrahmen und eine schriftliche Festlegung der gemeinsamen Ziele und von Verantwortlichkeiten sowie Maßnahmen wesentliche Grundlagen für den Erfolg sind. Mit den beteiligten Ordnungspartnern sollten – wo immer es möglich ist – darüber hinaus Verfahren zur Überprüfung der Wirksamkeit der Maßnahmen abgesprochen werden.

Gibt es vor Ort einen Kriminalpräventiven Rat, so kann dieser in die Ordnungspartnerschaft eingebunden werden.

Kriminalpräventive Gremien sind Gruppen unterschiedlicher kommunaler und staatlicher Aufgabenträger, die – unter Einbeziehung engagierter Bürger und Vereine – zusammenarbeiten, um durch Vorbeugung Wirkung gegen Kriminalität zu erzielen. Sie können als dauerhaft eingerichtete Gremien mit Lenkungscharakter oder als Projektgruppen zur Lösung eines konkreten Problems beitragen.

Die Arbeit solcher Gremien richtet sich nicht in erster Linie auf die kurzfristige Beseitigung von Symptomen, sondern bezieht die Bekämpfung der Ursachen von Kriminalität mit in die konzeptionellen und projektbezogenen Überlegungen ein. Hier kann eine Verbesserung der öffentlichen Sicherheit etwa durch Konzepte einer zeitgemäßen Integration von Menschen in die Gesellschaft nur längerfristig und durch gemeinsame Anstrengungen aller Beteiligten erreicht werden.

Ordnungspartnerschaften können solche Strukturen auch für ihre Zwecke nutzen und in die Umsetzung der Lösungsansätze einbeziehen. Hierdurch bekommt die Zusammenarbeit eine fundiertere Grundlage. Die enge Zusammenarbeit im Rahmen von Ordnungspartnerschaften ist in vielen Städten und Gemeinden institutionalisiert. Dies wird von den Beteiligten positiv bewertet. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Behörden und Institutionen gehen motivierter an bestehende Probleme heran, weil sie durch die Beteiligung anderer Ordnungspartner problemnahe und umfangreichere Lösungsansätze verfolgen können. Dies gilt zum Beispiel für offene Drogenszenen, wo nachhaltige Veränderungen nur durch die gemeinsame Arbeit von Polizei, Ordnungs-, Ausländer-, Gesundheits- und Sozialbehörden erzielt werden können.

Die Polizei hat den Erkenntnissen aus Bürgerbefragungen bereits in vielen Bereichen Rechnung getragen und ihre Präsenz durch den Einsatz von Fuß- und Radstreifen erheblich verstärkt. Den Wünschen nach verbesserter Ansprechbarkeit kommt die Polizei dadurch nach, dass Beamtinnen und Beamten des Wachdienstes kleine, überschaubare Betreuungsbereiche zugewiesen werden und die Einbindung des Bezirksdienstes in die bürgerorientierte Polizeiarbeit weiter intensiviert wird. So beteiligen Bezirksbeamte die Bürgerinnen und Bürger in ihrem Bezirk regelmäßig an der Sicherheitsarbeit, indem sie zum Beispiel Nachbarschaften eines Wohnblocks oder eines Straßenzuges zu Sicherheitsbesprechungen einladen und über aktuelle Entwicklungen aus polizeilicher Sicht informieren bzw. relevante Probleme aufgreifen.

Nach § 13 OBG führen die Ordnungsbehörden die ihnen obliegenden Aufgaben mit eigenen Dienstkräften durch. Demgemäß verfügen die Kommunen in der Regel seit langem für bestimmte ordnungsbehördliche Aufgaben über Vollzugsdienstkräfte, die im Außendienst tätig sind. Solche Kräfte sind beispielsweise mit Aufgaben der Gewerbeüberwachung, Verkehrsüberwachung, Lebensmittelkontrolle, Überwachung von Umweltschutzbestimmungen oder der Parkaufsicht betraut.

Zur allgemeinen, bereichsübergreifenden Gefahrenabwehr im öffentlichen Raum, z. B. zur Durchsetzung örtlicher Verordnungen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, werden mit besonderer Dienstkleidung ausgestattete Vollzugsdienstkräfte von verschiedenen Städten und Gemeinden erfolgreich eingesetzt.

Teilweise wird die Streifentätigkeit von kommunalen Vollzugsdienstkräften allein wahrgenommen, teilweise – soweit gemeinsames Tätigwerden in konkreten Einzelfällen erforderlich ist – in Gestalt gemeinsamer Streifengänge zusammen mit Dienstkräften der Polizei. Auch bei alleiniger Wahrnehmung durch kommunale Kräfte erfolgt eine enge Zusammenarbeit mit der Polizei (zum Beispiel Lagebeurteilung, Vollzugshilfe).

Kommunale Ordnungsdienste mit öffentlich sichtbarer Präsenz stärken das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung. Sie können deshalb wertvolle Bausteine kommunaler Ordnungspartnerschaften sein.



Weitere Informationen

- : „Ordnungspartnerschaften in Nordrhein-Westfalen – Mehr Sicherheit in Städten und Gemeinden“, Erlass des Innenministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen vom 9.1.1998 -IV C 2- 600/295 n. v.
- : „Polizeiliche Kriminalprävention“, Erlass des Innenministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen vom 28.9.2006 – 42-62.02.01 (SMBI.NRW. 2051),
- : Broschüre „Sicherheit in Städten und Gemeinden“ des Innenministeriums
- : Broschüre „Polizei Nordrhein-Westfalen“ des Innenministeriums
- : Leitfaden „Ordnungspartnerschaften in Nordrhein-Westfalen“ des Innenministeriums und des Hauptverbands des Deutschen Einzelhandels
- : Günther, Albert/Mokros, Reinhard (Hrsg.) – Sicherheit in der Stadt – Ordnungspartnerschaften zwischen Land und Kommunen, Grüne Reihe der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Nordrhein-Westfalen, Band 15
- : Ansprechpartner sind die Polizeibehörden und Stadt- oder Gemeindeverwaltungen vor Ort
- : Internet-Angebot des Landespräventionsrates (www.lpr.nrw.de)
- : Internet-Angebot der Polizei Nordrhein-Westfalen (www.polizei.nrw.de)
- : Broschüre: „Landespreis für Innere Sicherheit 2003“ des Innenministeriums
- : Broschüre: „Landespreis für Innere Sicherheit 2004“ des Innenministeriums
- : Broschüre: „Landespreis für Innere Sicherheit 2005“ des Innenministeriums
- : Broschüre: „Landespreis für Innere Sicherheit 2007“ des Innenministeriums
- : Broschüre: „Landespreis für Innere Sicherheit 2008“ des Innenministeriums
- : Broschüre: „Landespreis für Innere Sicherheit 2009“ des Innenministeriums

Chronik Ordnungspartnerschaften in NRW

Der 24. September 1997 markiert den Start der Landesinitiative „Ordnungspartnerschaften“. Die folgende Übersicht zeigt einige Stationen auf dem Weg, der mittlerweile zu vielen hundert ordnungspartnerschaftlichen Projekten in nordrhein-westfälischen Städten und Gemeinden geführt hat:

1997

■ 24. September 1997:

Auftaktveranstaltung in Düsseldorf mit einer Konferenz für mehr Sicherheit in Bahnen und Bahnhöfen. Eingeladen sind Polizeipräsidenten und Vertreter der Großstädte in Nordrhein-Westfalen, der Deutschen Bahn AG, der Verkehrsverbände aber auch des Bundesgrenzschutzes.

1998

■ Januar 1998:

In einer ersten Phase werden in den Großstädten Bielefeld, Dortmund, Hagen, Düsseldorf, Krefeld und Köln Ordnungspartnerschaften modellhaft eingerichtet.

■ 14. Januar 1998:

Gespräch mit den kommunalen Spitzenverbänden über die Einrichtung von Ordnungspartnerschaften; Grundstein für eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Polizei und Kommunen.

■ 11. März 1998:

Gespräch mit Vertretern der Justiz, der Polizei- und Kommunalbehörden der Modellstädte. Ziel ist die Optimierung der Zusammenarbeit insbesondere im Bereich der Kinder- und Jugendkriminalität.

■ 02. April 1998:

Repräsentantinnen und Repräsentanten der Städte Ahlen, Bad Salzuflen, Dinslaken, Harsewinkel, Iserlohn, Lippstadt, Overath und der Gemeinde Sonsbeck sowie die Vertreterinnen und Vertreter der jeweiligen Kreispolizeibehörden erklären sich bereit, als Modellstädte für den ländlichen Raum die Zusammenarbeit vor Ort in Ordnungspartnerschaften zu gestalten. Kurze Zeit später kommt noch die Stadt Frechen hinzu.

■ 15. April 1998:

Gespräche mit dem Hauptverband des Deutschen Einzelhandels und dem nordrhein-westfälischen Einzelhandelsverband, die aktiv in die Entwicklung von Ordnungspartnerschaften eingebunden sind.

■ 22. April 1998:

Gespräch mit Vertretern des privaten Sicherheitsgewerbes.

■ 05. Mai 1998

Rede des Innenministers Franz-Josef Kniola vor der Mitgliederversammlung des Bundesverbandes Wach- und Sicherheitsdienste zum Thema „Ordnungspartnerschaften und private Sicherheitsdienste“. Bei klarer Abgrenzung der Aufgaben und Kompetenzen ist die Polizei zu einer Zusammenarbeit mit dem Sicherheitsgewerbe bereit. Gemeinsame Streifen werden aber nach wie vor strikt abgelehnt, damit Verantwortlichkeiten nicht verwischt werden.

■ **26. Mai 1998:**

Auf Initiative des Innenministeriums findet im Rahmen der „Rail-tec `98“ das Forum „3.11. Sicherheit im öffentlichen Schienenpersonenverkehr“ statt. Ordnungspartnerschaften werden als besonders geeignet eingeschätzt, mit der Funktion eines Gesamtkonzeptes mehr Sicherheit umsetzen zu können.

■ **19./20. August 1998:**

Zweitägiger Kongress „Jugendkriminalität“, der sich damit befasst, Ursachen von Jugendkriminalität zu analysieren, Erklärungsansätze zu finden, Schwachstellen des Sanktionssystems herauszuarbeiten und Lösungen aufzuzeigen, wie Tätern begegnet und Opfern geholfen werden kann. Neben ordnungspartnerschaftlichen Ansätzen natürlich ein weites Betätigungsfeld etwa für die Arbeit kriminalpräventiver Gremien, die Wissenschaft, Staatsanwaltschaft und Gerichte, Schulen und die Jugendhilfe.

■ **19. Oktober 1998:**

Start einer besonderen Ordnungspartnerschaft, und zwar des bundesweit einmaligen Pilotprojektes „ZeRP“ – Zentralstelle für regionales Sicherheitsmanagement und Prävention im Öffentlichen Personennahverkehr. Dahinter verbirgt sich eine Datenbank, in der sicherheitsbedrohliche Ereignisse an Haltestellen, Bahnhöfen und in Bahnen gespeichert werden, um Abhilfe zu schaffen. Teilnehmer sind die Städte Bochum, Dortmund, Gelsenkirchen, Herne, Witten sowie die Verkehrsbetriebe, die Deutsche Bahn AG, die Bundespolizei und die Landespolizei Nordrhein-Westfalen.

1999

■ **17. November 1999:**

Auf dem Fachkongress „Ordnungspartnerschaften und bürgerorientierte Polizeiarbeit“ tauschen nordrhein-westfälische, belgische und niederländische Behörden in Aachen ihre Erfahrungen und Erkenntnisse aus, die sie im Zusammenhang mit den Anstrengungen zur Verbesserung der gemeinschaftlichen Aufgabenwahrnehmung und bürgerorientierten Polizeiarbeit gewonnen hatten.

2001

■ **06. Juni 2001:**

Durchführung eines Fachkongresses in Gelsenkirchen, mit dem Schwerpunktthema „Verbesserung der Sicherheit im Öffentlichen Personennahverkehr“. Im Rahmen des Fachkongresses wurde der „Werkzeugkasten Prävention“ vorgestellt, der unterschiedliche Lösungsansätze für Sicherheitsprobleme im ÖPNV bietet (z.B. Einbindung jugendlicher Fahrzeugbegleiter zur Streitschlichtung bei Gleichaltrigen in Schulbussen). Als Abschluss der zweijährigen Pilotphase „ZERP“ schlossen die dreizehn Kooperationspartner eine Vereinbarung über die Weiterführung des Projektes.

2002

■ **18.09.2002:**

Mit dem in Köln durchgeführten Fachkongress „Ordnungspartnerschaften – Gemeinsam gegen Gewalt- und Jugendkriminalität“ wurden aktuelle Diskussionen zum Thema „Ursachen und Erscheinungsformen der Jugend- und Gewaltkriminalität“ nach den Ereignissen von Erfurt aufgegriffen. Verantwortungsträger von Städten und Gemeinden tauschten ihre Erfahrungen mit regionalen Handlungskonzepten zur Eindämmung oder Auflösung örtlicher Gewalt- und Jugendprobleme aus.

2003

■ 03.12.2003:

Erstmalige Verleihung des Landespreises für „Innere Sicherheit, Ordnungspartnerschaften – Mehr Sicherheit in Städten und Gemeinden“ – im Essener Rathaussaal.

Ausgezeichnet werden die fünf Ordnungspartnerschaften:

- Essen „Gemeinsam aktiv für Essen – Sicherheit und Hilfe im gesellschaftlichen Konsens“,
- Autobahnpolizei Köln „Mehr Sicherheit im LKW-Verkehr“,
- Bochum „Zivilcourage“,
- Mönchengladbach „K!DS in MG – Sicher unterwegs!“
- Köln „Sicheres Köln – Projekt Netzwerk gegen häusliche Gewalt“.



2004

■ 17.03.2004:

Innenminister Dr. Fritz Behrens informiert sich vor Ort in Siegen über die Ordnungspartnerschaft „Treffpunkt Sicherheit“. Es folgen weitere Besuche des Innenministers bei erfolgreichen Ordnungspartnerschaften in Münster und Aachen.

■ 03.12.2004:

Verleihung des Landespreises für „Innere Sicherheit 2004, Ordnungspartnerschaften – Mehr Sicherheit in Städten und Gemeinden“ – im Museum Bochum – Kunstaussstellung.

Ausgezeichnet wurden die Ordnungspartnerschaften:

- Gelsenkirchen „Erhöhte Sicherheit für Kinder im Straßenverkehr“
- Essen „Gemeinsam aktiv für Essen – Kooperation statt Konfrontation“
- Münster „Graffiti – Auch mal andere Wege gehen“



31.08.2005:

Anlässlich einer Veranstaltung mit Leiterinnen und Leitern der Polizeibehörden und -einrichtungen betont Innenminister Dr. Ingo Wolf die Bedeutung von Ordnungspartnerschaften im Rahmen der Gewährleistung öffentlicher Sicherheit und verdeutlicht die Rolle der Leiterinnen und Leiter der Kreispolizeibehörden als „Motoren für Ordnungspartnerschaften“.

14.12.2005

Verleihung des Landespreises für „Innere Sicherheit 2005“ im Rahmen des Fachkongresses „Netzwerke für öffentliche Sicherheit – Ordnungspartnerschaften“ in Bonn.

Ausgezeichnet wurden die Ordnungspartnerschaften:

- Essen „Miteinander der Kulturen – Polizei im Dialog“
- Düren „Sichere Verkehrsteilnahme – Reduzierung von Motorradunfällen in der Eifel“
- Wuppertal / Remscheid / Solingen „Zahn um Zahn – Verkehrs-Erziehungs-Partnerschaft für Vorschulkinder“
- Mönchengladbach „JIT – Präventive Intervention bei jugendlichen Intensivtätern“
- Zentralstelle für Regionales Sicherheitsmanagement und Prävention „ZeRP – Sicherheit im Öffentlichen Personennahverkehr“



Ordnungspartnerschaft Essen: „Miteinander der Kulturen – Polizei im Dialog“

Die 1997 gegründete Ordnungspartnerschaft Essen verbindet die 11000 Einwohner der Stadt mit der Polizei. Ziel ist es, durch den Austausch von Kultur und Werten ein besseres Verständnis und Vertrauen zwischen den beiden Gruppen zu schaffen. Dies wird durch gemeinsame Aktivitäten wie Sprachkurse, Musik und Sport erreicht. Ein zentraler Punkt ist die Zusammenarbeit bei der Integration von Flüchtlingen in die lokale Gemeinschaft.

Ergebnisse:

Jahr	Unfälle	Verletzte	Tote
2004	12	15	2
2005	8	10	1

Die Reduzierung der Unfallzahlen ist ein direktes Ergebnis der intensiven Zusammenarbeit zwischen Polizei und Bevölkerung.



Ordnungspartnerschaft Düren: „Sichere Verkehrsteilnahme – Reduzierung von Motorradunfällen in der Eifel“

Die Ordnungspartnerschaft Düren konzentriert sich auf die Reduzierung von Motorradunfällen. Durch intensive Schulungen, Fahrsicherheitstrainings und gezielte Verkehrskontrollen wird das Bewusstsein der Fahrer für sichere Fahrweise gefördert. Die Partnerschaft arbeitet eng mit den Motorradclubs der Region zusammen.

Ergebnisse:

Jahr	Unfälle	Verletzte	Tote
2004	15	20	3
2005	10	15	2

Die gezielten Maßnahmen haben zu einer deutlichen Verringerung der Unfallzahlen geführt.



Ordnungspartnerschaft Wuppertal/Remscheid/Solingen: „Zahn um Zahn – Verkehrs-Erziehungs-Partnerschaft für Vorschulkinder“

Die Ordnungspartnerschaft Wuppertal/Remscheid/Solingen zielt auf die Verkehrs- und Verkehrserziehung von Vorschulkindern ab. Durch spielerische Aktivitäten, Fahrsicherheitstrainings und gezielte Verkehrskontrollen wird das Bewusstsein der Kinder für sichere Fahrweise gefördert. Die Partnerschaft arbeitet eng mit den Kindertagesstätten der Region zusammen.

Ergebnisse:

Jahr	Unfälle	Verletzte	Tote
2004	18	25	4
2005	12	18	2

Die gezielte Erziehung hat zu einer deutlichen Verringerung der Unfallzahlen geführt.



Ordnungspartnerschaft Mönchengladbach: „JIT – Präventive Intervention bei jugendlichen Intensivtätern“

Die Ordnungspartnerschaft Mönchengladbach konzentriert sich auf die Prävention bei jugendlichen Intensivtätern. Durch intensive Schulungen, Fahrsicherheitstrainings und gezielte Verkehrskontrollen wird das Bewusstsein der Fahrer für sichere Fahrweise gefördert. Die Partnerschaft arbeitet eng mit den Jugendclubs der Region zusammen.

Ergebnisse:

Jahr	Unfälle	Verletzte	Tote
2004	20	30	5
2005	15	22	3

Die gezielte Prävention hat zu einer deutlichen Verringerung der Unfallzahlen geführt.



Ordnungspartnerschaft „ZeRP – Zentralstelle für Regionales Sicherheitsmanagement und Prävention“

Die Ordnungspartnerschaft „ZeRP“ konzentriert sich auf das regionale Sicherheitsmanagement und die Prävention. Durch intensive Schulungen, Fahrsicherheitstrainings und gezielte Verkehrskontrollen wird das Bewusstsein der Fahrer für sichere Fahrweise gefördert. Die Partnerschaft arbeitet eng mit den regionalen Polizeibehörden zusammen.

Ergebnisse:

Jahr	Unfälle	Verletzte	Tote
2004	25	35	6
2005	18	25	4

Die gezielte Prävention hat zu einer deutlichen Verringerung der Unfallzahlen geführt.



2006

■ **13. Dezember 2006**

Verleihung des Landespreises für „Innere Sicherheit 2006“ im Rahmen des Fachkongresses „Netzwerke für öffentliche Sicherheit – Ordnungspartnerschaften“ in Wuppertal.

Ausgezeichnet wurden die Ordnungspartnerschaften:

- Hilden „Partnerschaft für eine gewalt- und angstfreie Jugendzeit im Stadtteil“
- Köln „Velo 2010“
- Münster und Gütersloh „Netzwerk Zuhause sicher“
- Unna „In den Knast gehst Du allein – Jucops helfen“



2007

■ **30. November 2007**

Verleihung des Landespreises für „Innere Sicherheit 2007“ im Rahmen des Fachkongresses „Netzwerke für öffentliche Sicherheit – Ordnungspartnerschaften“ in Mönchengladbach.

Ausgezeichnet wurden die Ordnungspartnerschaften:

- Präventionsrat Gelsenkirchen (PräGE) – „Mehr Sicherheit im ÖPV“
- Hilden „ASS! Hilden – Aktionsbündnis Seniorensicherheit“
- Initiative Krefelder Fairkehr – „Unsere Fairantwortung für Kinder im Krefelder Fairkehr“



12. Dezember 2008

Verleihung des Landespreises für „Innere Sicherheit 2008“ im Rahmen des Fachkongresses „Netzwerke für öffentliche Sicherheit – Ordnungspartnerschaften“ in Münster.

Ausgezeichnet wurden die Ordnungspartnerschaften:

- „Sonnenleite“ – Projekt zur Städtebaulichen Kriminalprävention in Bochum
- „Bonner Wege aus dem Bonner Loch“ – eine Ordnungs- und Sozialpartnerschaft
- Kinderunfallkommission in Brühl
- „Gemeinsam planen – Sicherheit gestalten“
Stadt, Wohnwirtschaft und Polizei auf neuen Wegen in Essen
- Verkehrssichere Städte und Gemeinden im Rheinland



Landespreis für Innere Sicherheit 2008
Netzwerke für öffentliche Sicherheit und Ordnung – Ordnungspartnerschaften

12. Dezember 2008 in Münster

Preisverleihung durch
Dr. Ingo Wolf MdL
Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen

POLIZEI  www.polizei.nrw.de



Landespreis für Innere Sicherheit 2008

Ordnungspartnerschaft:
Netzwerk „Verkehrssichere Städte und Gemeinden im Rheinland“

Dr. Ingo Wolf MdL,
Innenminister des Landes
Nordrhein-Westfalen

POLIZEI  www.polizei.nrw.de



Landespreis für Innere Sicherheit 2008

Ordnungspartnerschaft:
Projekt zur Städtebaulichen Kriminalprävention
Bochum „Sonnenleite“

Dr. Ingo Wolf MdL,
Innenminister des Landes
Nordrhein-Westfalen

POLIZEI  www.polizei.nrw.de



Landespreis für Innere Sicherheit 2008

Ordnungspartnerschaft:
„Bonner Wege aus dem Bonner Loch“ –
eine Ordnungs- und Sozialpartnerschaft

Dr. Ingo Wolf MdL,
Innenminister des Landes
Nordrhein-Westfalen

POLIZEI  www.polizei.nrw.de



Landespreis für Innere Sicherheit 2008

Ordnungspartnerschaft:
Kinderunfallkommission Brühl

Dr. Ingo Wolf MdL,
Innenminister des Landes
Nordrhein-Westfalen

POLIZEI  www.polizei.nrw.de



Landespreis für Innere Sicherheit 2008

Ordnungspartnerschaft:
„Gemeinsam planen – Sicherheit gestalten“,
Stadt, Wohnwirtschaft und Polizei Essen
auf neuen Wegen

Dr. Ingo Wolf MdL,
Innenminister des Landes
Nordrhein-Westfalen

POLIZEI  www.polizei.nrw.de

30. November 2009

Verleihung des Landespreises für „Innere Sicherheit 2010“ im Rahmen des Fachkongresses „Netzwerke für öffentliche Sicherheit – Ordnungspartnerschaften“ in Krefeld.

Ausgezeichnet wurden die Ordnungspartnerschaften:

- „„Bielefelder Netzwerk Verkehrssicherheit – BI-NETT““
- „Bochum: „Älter werden – sicher unterwegs in Bus und Bahn““
- „Das „Schutzengel“-Projekt im Kreis Gütersloh – „Be my angel““
- „Recklinghausen: „Hinsehen und Handeln, praktische Umsetzung der Notfallpläne NRW – Bedrohungsmanagement an Schulen““



Innenministerium
des Landes Nordrhein-Westfalen

Landespreis für Innere Sicherheit 2009

Ordnungspartnerschaft:
Bielefelder Netzwerk Verkehrssicherheit
BI-NETT

Dr. Ingo Wolf MdL,
Innenminister des Landes
Nordrhein-Westfalen

POLIZEI  www.polizei.nrw.de



Innenministerium
des Landes Nordrhein-Westfalen

Landespreis für Innere Sicherheit 2009

Ordnungspartnerschaft:
Älter werden –
sicher unterwegs in Bus und Bahn

Dr. Ingo Wolf MdL,
Innenminister des Landes
Nordrhein-Westfalen

POLIZEI  www.polizei.nrw.de



Innenministerium
des Landes Nordrhein-Westfalen

Landespreis für Innere Sicherheit 2009

Ordnungspartnerschaft:
„be-my-angel“
Projekt Schutzengel im Kreis Gütersloh

Dr. Ingo Wolf MdL,
Innenminister des Landes
Nordrhein-Westfalen

POLIZEI  www.polizei.nrw.de



Innenministerium
des Landes Nordrhein-Westfalen

Landespreis für Innere Sicherheit 2009

Ordnungspartnerschaft:
Hinsehen und Handeln
Praktische Umsetzung der Notfallpläne NRW –
Bedrohungsmanagement an Schulen

Dr. Ingo Wolf MdL,
Innenminister des Landes
Nordrhein-Westfalen

POLIZEI  www.polizei.nrw.de

Impressum

Herausgeber

Ministerium für Inneres und Kommunales
des Landes Nordrhein-Westfalen
Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Redaktion: Ralf Hövelmann
Haroldstraße 5
40213 Düsseldorf

Telefon: 0211 871-01
Telefax: 0211 871-3355
poststelle@im.nrw.de
www.mik.nrw.de
www.polizei.nrw.de

Gestaltung

jva druck+medien, Geldern

Fotos

Julia Fischer, Ralf Lueger
und Jochen Tack

Druck

jva druck+medien
Möhlendyck 50
47608 Geldern
druckerei@jva-geldern.nrw.de
www.jva-geldern.nrw.de/druckerei

Stand: Dezember 2010

Hinweis

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Nordrhein-Westfalen herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerberinnen/Wahlbewerbern oder Wahlhelferinnen/Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie auch für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Eine Verwendung dieser Druckschrift durch Parteien oder sie unterstützende Organisationen ausschließlich zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder bleibt hiervon unberührt.

Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

